

Eckhard Fuhr

Macht der Medien – wie weit ist es damit her?

Das ständige Schielen der Politiker nach der öffentlichen Meinung ist einigen Journalisten zu Kopf gestiegen. Von der Vorstellung mächtiger zu sein als die Politiker selbst, müssen sich Journalisten jedoch verabschieden. Aktuelle Beispiele zeigen, dass Politik heute wieder ohne medialen Flankenschutz auskommen kann.

Eckhard Fuhr

(* 1954) ist Chef des Feuilletons der Zeitungen *Die Welt*, *Welt am Sonntag* und *Berliner Morgenpost*. Zuletzt erschien im Berliner Taschenbuch-Verlag: *Wo wir uns finden. Die Republik als Vaterland*.

eckhard.fuhr@welt.de



Gerhard Schröder wird der saloppe Spruch zugeschrieben, die Republik sei »mit *Bild*, *BamS* und *Glotze*« zu regieren. Schröder gefiel sich in der Rolle des »Medienkanzlers«. Und diese Rolle war nicht gänzlich ohne Realitätsgehalt. Am Ende der Ära Kohl und zu Beginn der »Berliner Republik« war vieles in Bewegung geraten. Politik und Öffentlichkeit hatten sich mit einem neuen Zentrum auseinanderzusetzen und sich in neuen Kulissen zurechtzufinden. Die vertrauten Muster der Bonner Politik mit ihrer übersichtlichen Geografie taugten nicht mehr. Schröder hatte die Kanzlerkandidatur gegen das Parteiestablishment und gegen die Prognosen all jener Journalisten errungen, die immer noch glaubten, ihr in Hinterzimmern erworbenes Herrschaftswissen bewahre sie davor, sich von der medialen Schauseite der Politik täuschen zu lassen. Schröders Aufstieg war aber eine Zeit, in der Politik vor und nicht hinter den Kulissen stattfand. Sie war auch die Zeit eines Medien-

booms und eines Generationswechsels in den Redaktionen. Die Jüngeren, die dort nun Einfluss gewannen, hatten nicht mehr die politischen Prägungen der 50er-, 60er- und 70er-Jahre, sondern verstanden sich als »unideologisch«. Eiserne Regeln der deutschen Nachkriegspolitik, etwa die der militärischen Zurückhaltung, stellten sie leicht auf den Prüfstand. Ebenso waren die »Selbstverständlichkeiten« des rheinischen Sozialkapitalismus für sie nicht mehr solche.

In der Auseinandersetzung mit den 68er-Vätern hatten sie sich eher eine neo-liberale Grundausstattung angeeignet. Sie kümmerten sich nicht mehr um die alten Grabensysteme der Parteipolitik, wechselten auch gern zwischen Redaktionen, die bisher als feindliche Lager galten, und waren natürlich enthusiastisch, als Rot-Grün, dieses schon leicht angegammelte politische Projekt der alten Bundesrepublik, im dramatischen Zusammenprall mit der Realität ungeahnte Energien und Anpassungsfähigkeiten zeigte.

Die deutsche Teilnahme an den Kriegen auf dem Balkan und in Afghanistan und der sozialpolitische Paradigmenwechsel durch die *Agenda 2010* waren nur möglich, weil die Regierung sich auf einen kräftigen medialen Rückenwind gegen die tief verwurzelten Vorbehalte in Gesellschaft und Parteien verlassen konnte. In

dieser politischen Zeitenwende konnte die Idee entstehen, dass die Macht der Medien die entscheidende Macht im Lande sei.

Journalisten, vor allem solche, die sich als Meinungsbildner verstehen, leben natürlich gern in diesem Glauben. Für ihren Beruf allerdings ist solche Hybris nicht gut. Sie führt zum Realitätsverlust. Was das bedeutet, konnte man bei der Bundestagswahl des Jahres 2005 beobachten. Rot-Grün hatte seine einstmaligen starken medialen Bataillone längst verloren und sah sich von *Spiegel* bis *Focus*, von *Stern* bis FAZ einer nahezu geschlossenen Meinungsfront gegenüber, aus der täglich der Ruf nach einem Wechsel ertönte: Gerhard Schröder muss weg, damit Angela Merkel als ultimative Reformdomina den Deutschen endlich jene Schmerzen bereite, denen sie nach Meinung der Leitartikler in weltfremder Verkennung des Ernstes der Lage entgehen zu können glaubten. Doch Schröder hätte die Wahl fast gewonnen, was ihn am Wahlabend im Fernsehen in adrenalin- und testosteronbefeuerte Hochstimmung versetzte. Merkel aber fuhr das schlechteste Ergebnis ein, das die Union in einer Bundestagswahl je erreichte. Die Große Koalition war die Folge. Und plötzlich meldeten sich auch jene Teile der Gesellschaft wieder zurück, die sich wie gelähmt in den Schatten des Medienlichts gedrängt hatten – zum Beispiel die Gewerkschaften oder der Sozialflügel der Union oder die Kirchen. In den Redaktionen aber breitete sich, ungeachtet der täglich verbissen gesungenen neoliberalen Reformlitanei, die Angst der Mittelschicht vor Status- und Einkommensverlust aus. Auf den Medienboom war eine Medienkrise gefolgt, die Tausende Journalisten in die Arbeitslosigkeit trieb.

Die Politik gewinnt an Souveränität

Man kann sagen, dass sich die Wirklichkeit in der Mediendemokratie Terrain wieder zurück erobert. Deutschland erlebt, wie die vergangenen Landtagswahlen zeigen, einen Linksruck, ohne dass das je von irgendeinem relevanten Medium oder gar einer Medienallianz gefordert und betrieben worden wäre. Plötzlich haben die politischen Parteien wieder den Mut, Themen ohne Rücksicht auf das mediale Meinungsklima zu setzen. Sie haben damit Erfolg wie die SPD mit dem Mindestlohn, die es verschmerzen kann, dass sie sich bei der großen Mehrheit der Kommentatoren damit schlechte Noten einhandelt. Sie können auch scheitern, wie Roland Koch mit der Ausländerkriminalität. Für diese Kampagne wurde er von den Wählern abgestraft, obwohl er mindestens den Boulevard auf seiner Seite hatte. Es kehrt also wieder eine gewisse Normalität ein.

Die Politik gewinnt an Souveränität gegenüber den Medien. Die Journalisten beginnen langsam das falsche Selbstbild zu korrigieren, sie seien die wichtigsten Akteure der Politik. Die große Party der Flegeljahre der Berliner Republik ist vorbei. Und wenn der Redakteur an seinen Arbeitsplatz bei »Bild, BamS oder Glotze« kommt und den Computer einschaltet, dann dämmert ihm, dass er in seiner Wichtigkeit nicht nur auf ein Normalmaß geschrumpft ist, sondern in Zukunft noch weiter schrumpfen könnte. Im Internet, in Blogs und Foren, mäandern Informations- und Meinungsströme, auf die er überhaupt keinen Einfluss mehr hat. Das Wort von der Macht der Medien, man sollte es vorsichtig gebrauchen.